

# Prostitution: Tagung will das Schweigen brechen

**Kiel.** Über die aktuelle Situation von Prostituierten im Norden haben rund 100 Experten in Altenholz bei Kiel beraten. Zu der Fachtagung hatte das Contra-Frauenwerk der Nordkirche eingeladen. Mit dabei waren auch 90 Polizeianwärter. Da sie später mit Menschenhandel und Prostitution zu tun hätten, wolle man sie sensibilisieren, sagte Surya Stülpe vom Contra-Frauenwerk.

Die Organisation möchte den Dialog zum Thema Prostitution fördern. Dazu brachte

sie Fachkräfte, Verwaltung und Politik an einen Tisch. Die wesentlichen Aspekte waren dabei Gewalt, Ausstieg oder Krankheiten. Auch würden Informationen, die Sexarbeiterinnen brauchen, um sich einen sicheren Arbeitsplatz und Arbeitnehmerrechte zu erkämpfen, nur selten angeboten.

Die rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung von Sexarbeit mit anderer Erwerbsarbeit hat die Leiterin der Bochumer Beratungsstelle für Prostituierte „Madonna“, Mechthild Eickel, gefordert.

Erwerbstätige werden von Gewerkschaften, Kammern oder Berufsverbänden unterstützt. Nur wenn auch bei der Prostitution Tarifparteien oder Interessensvertretungen Arbeitsbedingungen festlegten, „kann ein Missverhältnis festgestellt und beendet werden“, sagte Eickel bei der Tagung. Die Berliner Prostituierte „Marleen“ (23) beklagte, dass Prostitution überwiegend mit Zwangsprostitution gleichgesetzt werde. Sie arbeite freiwillig, sagte die Studentin, die für zwei Stunden Begleitung

und erotische Zweisamkeit bis zu 300 Euro verlangt.

Sozialministerin Kristin Alheit (SPD) verwies auf das Gesetz von 2002, demzufolge in Deutschland die Prostitution nicht mehr sittenwidrig ist. Das Prostitutionsgesetz sei aber hinter den Erwartungen zurückgeblieben und habe Zwangsprostitution nicht verhindern können. Nach Angaben der Kieler Hauptkommissarin Silke Dörner von der Ermittlungsgruppe Milieu gibt es in der Landeshauptstadt vier „Laufhäuser“ mit 120

Zimmern und 40 Prostituierten-Wohnungen. Es werde für die Frauen immer schwerer, die tägliche Miete von bis zu 130 Euro für ein Zimmer zu bezahlen.

Der Schleswiger Bischofsvertreter Gothart Magaard beklagte, dass Anlaufstellen für Prostituierte wie das Hamburger „Sperrgebiet“ in Schleswig-Holstein weitgehend fehlten. Weiter verwies er auf die christliche Grundüberzeugung, „dass Menschen ihre Menschenwürde nicht verlieren können“.

Ino/epd